

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

17. WP - 22. Sitzung

am Mittwoch, dem 29. September 2010, 11:15 Uhr
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Schröder (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Johannes Callsen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Tobias Koch (CDU)

i. V. von Hartmut Hamerich

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Regina Poersch (SPD)

Marion Sellier (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Christopher Vogt (FDP)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Björn Thoroë (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Wolfgang Baasch (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ranka Prante (DIE LINKE)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Ausbau der Windenergie voranbringen	5
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/272	
Änderungsantrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/303	
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/312	
(überwiesen am 25. Februar 2010 an den Wirtschaftsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)	
2. Ausbau des Flughafens Lübeck-Blankensee	7
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/537 (neu)	
Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/557	
(überwiesen am 18. Juni 2010 an den Wirtschaftsausschuss)	
3. Nachhaltige Entwicklung der Offshore-Windkraft	10
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/598	
(überwiesen am 18. Juni 2010 an den Umwelt- und Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss)	
4. Frauen in Führung	11
Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW Drucksache 17/690 (neu)	
(überwiesen am 8. Juli 2010 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Wirt- schaftsausschuss)	

- 5. Integrierte Ausbildungsstatistik für Schleswig-Holstein einführen! 12**
- Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/605
- (überwiesen am 17. Juni 2010 an den **Bildungsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)
- hierzu: Umdruck 17/1257
- 6. Länderausschuss Atomenergie am 30. September 2010 13**
- (auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- hierzu: Umdruck 17/1263
- 7. Verschiedenes 14**

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, eröffnet die Sitzung um 11:15 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Ausbau der Windenergie voranbringen

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/272

Änderungsantrag der Fraktion des SSW
Drucksache 17/303

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/312

(überwiesen am 25. Februar 2010 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Abg. Matthiessen spricht sich dafür aus, die Beratung der Anträge zurückzustellen, bis der „Erlass zur Planung von Windkraftanlagen“ in geänderter Fassung vorliegen werde. Dabei bittet er zu überlegen, ob eine parlamentarische Beteiligung an der Erarbeitung dieses Erlasses für Großwindkraftanlagen angezeigt sei.

Abg. Magnussen unterstreicht, dass der Ursprungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/272, maßgeblich für die Beratungen sei. Die Regierung arbeite intensiv an dem Erlass. Die Koalitionsfraktionen hielten an ihrem gemeinsamen Antrag fest und beantragten Abstimmung über die Vorlagen. - Dem Wunsch auf Abstimmung schließt sich Abg. Harms grundsätzlich an.

Abg. Poersch fragt, was dagegen spreche, sich im Wirtschaftsausschuss vor einer Abstimmung noch einmal mit einem erarbeiteten Erlassentwurf zu befassen. - Abg. Matthiessen erklärt, er habe nichts gegen ein Abstimmungsverfahren in dieser Sitzung, ihm käme es aber darauf an, sich mit einer Untergruppe des Wirtschaftsausschusses mit dem Innenministerium ins Benehmen zu setzen, um sich dort einmal den Stand der Arbeiten darstellen zu lassen und auf diesem Wege die Wünsche seitens des Parlaments kundzutun.

Auf eine Frage von Abg. Schulze verweist AL Dr. Sauer auf die politische Vorgabe der Ausweisung von bis zu 1,5 % der Landesfläche für Windenergienutzung. Der Innenminister un-

terziehe zurzeit die von den Kreisen gemeldeten Flächen einer gutachtlichen Bewertung hinsichtlich der sich daraus ergebenden technischen Parameter für die WKAs. Er schätze, dass diese Arbeiten, die Voraussetzungen für den Runderlass seien, noch etwa ein halbes Jahr dauern würden. Der Ausschuss könnte insoweit auch die Möglichkeit einer Zwischeninformation durch das Innenministerium nutzen. - Diesen Hinweis nimmt der Ausschuss zustimmend auf in dem Ziel, vor Herausgabe des Erlasses informiert zu werden.

Abg. Callsen erklärt, dass er davon ausgehe, dass sich der Änderungsantrag des SSW im Grunde erledigt habe, weil der Kleinwindanlagenenerlass zurückgezogen worden sei. Mit dem Antrag von CDU und FDP würden die eher politisch-inhaltlichen Festlegungen der Anforderungen an die zukünftige Flächenausweisung getroffen, die letztlich Gegenstand des Erlasses seien. Bezüglich der Bitte von Abg. Matthiessen auf Einsetzung einer Arbeitsgruppe des Wirtschaftsausschusses in dieser Angelegenheit klassifiziert er die Festlegungen von technischen Einzelheiten als Verwaltungsaufgabe. Im Übrigen werde das Parlament nach Vorliegen des Entwurfs wieder mit diesem Thema befasst sein. - Abg. Vogt schließt sich dieser Auffassung bezüglich der Bildung eines Unterausschusses an und weist darauf hin, dass sich der Wirtschaftsausschuss regelmäßig vom Innenministerium über die Entwicklung informieren lassen könne. Der Kleinwindanlagenenerlass sei ja inhaltlich ohnehin hinfällig.

Abg. Harms erklärt nach den Ausführungen von Abg. Callsen und Abg. Vogt, die er so werte, dass es definitiv keinen Kleinwindanlagenenerlass mehr geben werde, dass er seinen Antrag Drucksache 17/303 zurückziehe.

Abg. Schulze spricht das erwähnte in Arbeit befindliche Gutachten an und erklärt, er würde es begrüßen, wenn das Ergebnis dieser Arbeit zu gegebener Zeit im Ausschuss vorgetragen und die weitere Arbeit im Wirtschaftsausschuss begleiten würde. - Abg. Matthiessen schließt sich dem an. - Abg. Magnussen erneuert seinen Antrag auf Abstimmung in der Sache und erklärt, dass bei Annahme des Antrags der Fraktionen von CDU und FDP auch ein entsprechende Arbeitsauftrag im Rahmen der Überarbeitung des Erlasses zur Planung von Windkraftanlagen erteilt würde. Den Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde man auch bei abschnittweiser Abstimmung jeweils ablehnen. - Abg. Matthiessen zieht seinen Antrag auf abschnittweise Abstimmung über die Drucksache 17/312 zurück.

Vorbehaltlich des Votums des beteiligten Innen- und Rechtsausschusses empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN bei Enthaltung des SSW dem Landtag die Ablehnung der Drucksache 17/312. Der Antrag Drucksache 17/272 wird mit den Stimmen von CDU, FDP und

SSW bei Enthaltung von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN dem Landtag zur Annahme empfohlen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Ausbau des Flughafens Lübeck-Blankensee

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/537 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/557

(überwiesen am 18. Juni 2010 an den Wirtschaftsausschuss)

Abg. Dr. Tietze richtet den Blick zunächst auf die Presseberichterstattung in der letzten Woche zum Flughafen Lübeck-Blankensee und auf das knappe Ergebnis des Bürgerentscheids für den Flughafen. Nun erlebe man, wie die Wirklichkeit das Wunschdenken überhole, und dass sich mit Äußerungen von Ryanair zur Gesamtstrategie des Unternehmens die Grundlagen für den Weiterbetrieb des Flughafens Lübeck-Blankensee fundamental gewandelt hätten. Deshalb könne man jetzt auf der Grundlage einer ein halbes Jahr alten Diskussion die Frage des Ausbaus des Flughafens Lübeck-Blankensee nicht einfach „durchwinken“.

Abg. Arp verweist auf den Ursprungsantrag von CDU und FDP in der Drucksache 17/537 (neu) und erklärt, dass sich an der rein sachlichen Basis bezüglich Blankensee nichts geändert habe.

Abg. Poersch fragt nach dem derzeitigen Stand der Gespräche der Landesregierung mit der Stadt Lübeck und erklärt, wenn die Firma Ryanair ihren Flugbetrieb praktisch reduzierte, hätte nicht nur Lübeck ein Problem damit. - AL Meienberg berichtet, ein Förderantrag liege inzwischen für die erste Tranche vor. Die Kostenaufstellung weise für diese erste Ausbaustufe rund 4 Millionen € bis Ende 2011 aus. Beantragt worden seien 2,75 Millionen €, davon seien nach den Richtlinien 2,35 Millionen € förderfähig. Das heiße, es kämen dabei 1,76 Millionen € Förderung heraus. Das Land habe eine Förderquote von 75 % akzeptiert, weil nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ eine solche Förderung möglich wäre, wenn ein Projekt in ein regionales Entwicklungskonzept eingebunden sei. Dies sei in Lübeck der Fall. Die Förderrichtlinie besage allerdings auch, mittelfristig müssten zufriedenstellende Perspektiven bezüglich der Nutzung der Infrastruktur gegeben sein. Und diese beschreibe die aktuelle Diskussion zu Lübeck-Blankensee.

Die von der Bundesregierung beschlossene Luftverkehrssteuer habe die Sache für Lübeck nicht gerade einfacher gemacht. Aus diesem Grund habe der MWV gegenüber dem Bundesverkehrsministerium in einem Schreiben zu bedenken gegeben, dass insbesondere die Regionalflughäfen von dieser Steuer überproportional betroffen wären. Der MWV sei der Auffassung, dass Ryanair diese Luftverkehrssteuer sicherlich vorübergehend als Begründung für die angekündigte Reduzierung von Starts und Landungen in Lübeck nehmen werde, dass ich dieser Punkt aber auch wieder ein Stück weit normalisieren werde. Aber selbstredend sei durch die aktuellen Äußerungen von Ryanair die Lage für Lübeck-Blankensee nicht gerade einfacher geworden.

Abg. Baasch fragt, inwieweit der Landesregierung bezüglich des Flughafens irgendwelche Signale, Anfragen oder Bitten auf direkte Hilfe durch einen Investor vorlägen. Die Aussagen von Ryanair, als Konsequenz aus der Luftverkehrssteuer in Zukunft gegebenenfalls auch ab Hamburg fliegen zu wollen, bedeuteten für ihn, Abg. Baasch, nicht, dass sich das Unternehmen aus Lübeck-Blankensee zurückziehen wolle, sondern vielmehr, dass das Unternehmen eine Änderung anstrebe.

AL Meienberg nimmt zunächst zu der Frage nach einem Investor Stellung. Lübeck habe erklärt, es gebe Interessenten, sei aber bisher diesbezüglich nicht konkret geworden. Der Einstieg in konkrete weitere Verhandlungen hänge vom Fortgang des Planfeststellungsverfahrens und dem Ausgang des anhängigen Gerichtsverfahrens ab. - Zu dem von Abg. Baasch ebenfalls angesprochenen Regionalflughafenkonzept für Schleswig-Holstein erklärt er weiter, die Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister der norddeutschen Küstenländer werde im November ein norddeutsches Luftverkehrskonzept in Auftrag geben. Darin werde zum Ausdruck gebracht werden, welche Funktionen die jeweiligen Flughäfen - der Zentralflughafen Hamburg und die anderen Regionalflughäfen - haben würden. Dieses Konzept werde der MWV den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses zu gegebener Zeit vorstellen.

Auf eine Frage von Abg. Poersch bestätigt AL Meienberg, dass Voraussetzung für die Bewilligung von Fördermitteln in Höhe von 1,76 Millionen € eine zufriedenstellende Entwicklungsperspektive für das Vorhaben sei. In den nächsten Wochen werde man kritisch prüfen müssen, inwieweit die Voraussetzungen nach den Förderrichtlinien erfüllt seien.

Abg. Harms signalisiert an dieser Stelle Zustimmung zum Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/537 (neu).

Abg. Arp betont noch einmal, dass die wesentliche Voraussetzung für die Gewährung von Investitionszuschüssen in puncto Ryanair-Base bisher nicht erfüllt sei. Insofern gebe es für

seine Fraktion im Augenblick überhaupt keinen Grund, davon auszugehen, dass die Fördergelder bereitgestellt werden müssten. Aber bekanntlich liefen diesbezüglich auch Gespräche, und es wäre sicherlich ein schlechtes Signal, wenn man heute sagte, man würde sich aus dem Flughafen Lübeck-Blankensee zurückziehen. - Abg. Vogt erklärt, die Anforderungen an den Flughafen seien klar und deutlich definiert, und wenn die Voraussetzungen erfüllt würden, könne in dieser Sache auch entschieden werden.

Abg. Poersch bittet um alternative Abstimmung über die vorliegenden Drucksachen 17/537 (neu) und 17/557. - Abg. Dr. Tietze widerspricht dem.

In der folgenden Abstimmung empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und des SSW gegen die Stimmen der SPD, den Antrag Drucksache 17/557 abzulehnen. Der Antrag Drucksache 17/537 (neu) wird dem Landtag mit den Stimmen von CDU, FDP, SSW gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN zur Annahme empfohlen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Nachhaltige Entwicklung der Offshore-Windkraft

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/598

(überwiesen am 18. Juni 2010 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den
Wirtschaftsausschuss)

Nach kurzer Diskussion empfiehlt der beteiligte Wirtschaftsausschuss dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von SPD, der LINKEN und des SSW, dem Landtag die Ablehnung des Antrags Drucksache 17/598 vorzuschlagen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Frauen in Führung

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW
Drucksache 17/690 (neu)

(überwiesen am 8. Juli 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Wirtschaftsausschuss)

Ohne weitere Diskussion empfiehlt der mitberatende Wirtschaftsausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW, dem Landtag die Ablehnung des Antrags 17/690 (neu) vorzuschlagen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Integrierte Ausbildungsstatistik für Schleswig-Holstein einführen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/605

(überwiesen am 17. Juni 2010 an den **Bildungsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdruck 17/1257

Ebenfalls ohne weitere Aussprache empfiehlt der beteiligte Wirtschaftsausschuss dem federführenden Bildungsausschuss mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der LINKEN, dem Landtag die Ablehnung der Drucksache 17/605 vorzuschlagen. Weiter empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem federführenden Bildungsausschuss, dem Landtag vorzuschlagen - dies mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimme der LINKEN bei Enthaltung von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW -, den mit Umdruck 17/1257 vorliegenden Antrag zu übernehmen und positiv zu verabschieden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Länderausschuss Atomenergie am 30. September 2010

hierzu: Umdruck 17/1275

Abg. Callsen moniert einleitend die Kurzfristigkeit der Platzierung dieses Punktes auf der Tagesordnung und stellt klar, dass eine Abstimmung über den Inhalt dieser Vorlage für seine Fraktion in der heutigen Sitzung nicht infrage komme. - Abg. Dr. Tietze appelliert an die Ausschussmitglieder, sich nicht des Rechts zu begeben, auf die Sitzung des Länderausschusses Atomenergie - wie von den Grünen beantragt - Einfluss zu nehmen. - Abg. Vogt betont, dass die Eingangsbemerkungen von Abg. Callsen nicht bedeuten würden, dass man heute nicht über den Antrag inhaltlich reden wolle, aber eine Abstimmung sei auch für ihn wegen der Kurzfristigkeit ausgeschlossen.

Auf Fragen erwidert AL Dr. Cloosters, die Sitzung des Länderausschusses Atomenergie am 30. September sei eine Sondersitzung. Das BMU habe zu dieser Sitzung geladen, um zu einer Beschlussfassung zu gelangen. Die morgige Sitzung des Länderausschusses Atomenergie sei nicht die erste Befassung mit dem hier in Rede stehenden Komplex.

Abg. Schulze fragt nach der Einschätzung der vom BMU vorgelegten neuen Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle. - AL Dr. Cloosters erwidert, in erster Linie gehe es hier nicht um die Sicht der Landesregierung, sondern um die des zuständigen Fachressorts. Von daher könne er nicht sagen, dass es schon einen Abstimmungsprozess von der Landesregierung zu diesem Thema gegeben hätte. Die Meinungsbildung im zuständigen Justizressort werde intensiv betrieben, man sei jedoch noch nicht zu einem abschließenden Votum gekommen. Es gebe noch eine Reihe von Fragen, die man auch morgen in die Sitzung des Länderausschusses Atomenergie einbringen werde, und er, AL Dr. Cloosters, erwarte hierzu eine intensive Diskussion.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Tietze nach den Erfolgsaussichten eines Antrags auf Vertagung der Beschlussfassung über die genannten neuen Sicherheitsanforderungen im Länderausschuss Atomenergie erklärt AL Dr. Cloosters weiter, eine Vertagung sei reine Spekulation, weil man nicht wisse, ob dies in der morgigen Sitzung des Länderausschusses beantragt werde, aber das läge durchaus nicht im Bereich des Ausgeschlossenen, falls ein Land oder mehrere Länder eine solche Vertagung beantragen würden. Das in Schleswig-Holstein zuständige Justizressort werde sich im Laufe des Tages zu dem Papier des BMU positionieren.

Abg. Matthiessen zieht für seine Fraktion den Antrag auf Abstimmung über die Vorlage Um-
druck 17/1275 zurück.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, benennen die Ausschussmitglieder als
Schwerpunktthema für das Gespräch mit der DB AG am 16. Dezember 2010, in der Mittags-
pause der Plenarsitzung, das Thema „Infrastrukturfinanzierung“.

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, schließt die Sitzung um 12:50 Uhr.

gez. Bernd Schröder

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer